

## Die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) lehnt die Volksinitiative "6 Wochen Ferien für alle" ab

### Medienmitteilung

**Bern, 27. Januar 2012. Die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) erachtet die Mehrbelastung der Haushalte von Kantonen und Gemeinden als untragbar. Sie schätzt diese auf über 700 Mio. bis über 1.1 Mrd. Franken.**

Die Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“ gelangt am 11. März 2012 zur Abstimmung. Sie verlangt, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf bezahlte Ferien von mindestens sechs Wochen haben. Sie will diesen Anspruch in der Bundesverfassung verankern. Dies würde einerseits die kantonale Hoheit auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts durchbrechen und hätte andererseits namhafte Mehrausgaben für die Haushalte von Kantonen und Gemeinden zur Folge. Geht man davon aus, dass eine zusätzliche Woche Ferien den Personalaufwand um zwei Prozent erhöht, effektiv aber im Durchschnitt nicht zusätzliche zwei Wochen, sondern nur 1.5 zusätzliche Ferienwochen anfielen, so erhöhte sich der Personalaufwand um drei Prozent. Bei einem Personalaufwand der Kantone und Gemeinden in 2009 von rund 37.3 Mrd. Franken<sup>1</sup> entspräche dies über 1.1 Mrd. Franken. Stellte man allein auf den Personalaufwand der Kantone ab, der in 2010 rund 23.6 Mrd. Franken betrug, beliefen sich die Mehraufwendungen der Kantone auf rund 708 Mio. Franken.<sup>2</sup> Mehrbelastungen in solchen Grössenordnungen können nicht einfach hingenommen werden, zumal z.B. die neue Spitalfinanzierung, reduzierte Gewinnausschüttungen der Nationalbank sowie düstere Wirtschaftsperspektiven die kantonalen Haushalte belasten.

**Rückfragen:** Regierungsrat Peter Hegglin, Vizepräsident FDK, +41 41 728 36 01  
Andreas Huber-Schlatter, Sekretär FDK, +41 31 320 16 30

<sup>1</sup> Vgl. [http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/zahlen\\_fakten/finanzstatistik/index.php](http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/zahlen_fakten/finanzstatistik/index.php)

<sup>2</sup> Vgl. <http://www.fdk-cdf.ch/index/finanzdaten.htm>